

## TELEPOLE

### Die Rechte der Arbeitssuchenden

**Thorsten Stegemann** 09.06.2011

#### Grüne und Linke fordern die Abschaffung der Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger

**Am Montag beriet der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales[1] unter Vorsitz von Katja Kipping (Linke) zwei gleichermaßen diskussionswürdige Anträge. Die Grünen plädierten [2] unter dem Titel "Rechte der Arbeitssuchenden stärken — Sanktionen aussetzen" dafür, die Eigeninitiative von Arbeitssuchenden zu fördern, gleichzeitig aber auch ihre Selbstbestimmungsrechte auszuweiten.**

#### "Novum im Deutschen Bundestag"

Insbesondere sollten sie in Zukunft die Möglichkeit haben, "zwischen angemessenen Maßnahmen der Jobcenter zu wählen". Darüber hinaus traten die Grünen für die Einrichtung unabhängiger Ombudsstellen und ein Sanktionsmoratorium ein, das gelten soll, "bis die Rechte der Arbeitssuchenden gestärkt worden sind".

Die Linke ging noch mehrere Schritte weiter. Ihren Antrag [3] wertete das "Netzwerk Grundeinkommen" bereits im Vorfeld als "Novum im Deutschen Bundestag". In der Parlamentsgeschichte sei noch nie ein Antrag eingebracht worden,

▫ der in seiner Umsetzung das Menschen- und Grundrecht auf eine grundlegende Existenz- und Teilhabesicherung 'ohne Zwang zur Arbeit oder andere Gegenleistung' einlösen würde. **4**

Tatsächlich verlangt die Fraktion die Streichung sämtlicher Sanktionen im SGB II [4] und die Abschaffung der Leistungsbeschränkungen im SGB XII [5].

Es liegt in der Verantwortung des Staates, Rahmenbedingungen für ausreichend gute, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen, um Erwerbslosigkeit wider Willen entgegenzuwirken.

**Fraktion Die Linke**

#### Expertenstreit und Statistiken

Die Befragung eines runden Dutzends Sachverständiger verlief schwerfällig und führte kaum zu neuen inhaltlichen Überlegungen. Auch die schriftlichen Stellungnahmen [6] enthielten keine überraschenden Wendungen.

DGB-Vertreter Ingo Kolf bezweifelte erwartungsgemäß, dass die bestehenden Regeln mit der Vorstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar seien.

▫ Die Jobcenter sind nicht in der Lage, vernünftige Angebote zu machen und greifen stattdessen auf diese Mittel zur Abschreckung zurück.

**Ingo Kolf (DGB)**

"Solidarität darf keine Einbahnstraße sein", hielt Christian Dorenkamp von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dagegen. Schließlich trügen auch Geringverdiener zur Finanzierung der Grundsicherung bei und könnten deshalb eine Gegenleistung erwarten.

Die Antragsgegner wiesen überdies darauf hin, dass die Kürzung von Sozialtransfers nicht erst seit den Hartz-Gesetzen vorgesehen sei. Auch vorher hätten Erwerbsfähige zumutbare Schritte unternehmen müssen, um aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen.

Einige Diskussionsteilnehmer versuchten, das gesamte Thema zu marginalisieren, doch die statistischen Daten, welche die Bundesagentur für Arbeit im April ermittelte [7], zeigen, dass es hier um ein Problem von zunehmender Relevanz geht. Demnach wurden im Jahr 2010 insgesamt 829.000 Sanktionen ausgesprochen - 102.000, sprich: 14 Prozent mehr als 2009.

Die durchschnittliche Kürzung der monatlichen Bezüge bezifferte die Bundesagentur auf 123,72 Euro. Hauptgrund seien in gut der Hälfte aller Fälle Meldeversäumnisse der Erwerbslosen gewesen. Die Weigerung, ein vom Jobcenter als zumutbar betrachtetes Beschäftigungsverhältnis einzugehen, führte in 102.00 Fällen zu Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger.

Beispiel Oberhausen: Die gut 10.000 Langzeitarbeitslosen wurden 2010 mit 7.864 Sanktionen bedacht. Das Jobcenter kürzte bei ihnen den Regelsatz - oder die Erstattung von Miete und Heizkosten um bis zu 30 Prozent. Neueste Zahlen[8] deuten auf einen weiteren Anstieg hin. Von Januar bis April 2011 wurden allein in Oberhausen 2.783 Sanktionen verhängt. In mehr als 60 Prozent der Fälle führte das Jobcenter auch hier Meldeversäumnisse als Grund für die Kürzungen an.

### Selber schuld?

Die Behauptung, dass mindestens diese Betroffenen selbst für Ihre Situation verantwortlich sind, scheint sich hier ebenso anzubieten wie im Bereich der umstrittenen, aber mittlerweile abrufbaren Bildungsgutscheine. Vielerorts machen Anspruchsberechtigte keinen Gebrauch von dem kostenlosen Service. So wurden beispielsweise im Kreis Pinneberg für 5.470 Kinder nur etwas mehr als 700 Anträge gestellt [9]. Auch in anderen deutschen Kommunen ist die Nachfrage lebhafter als zu Beginn der Maßnahme, aber immer noch schleppend. Selbst die Verlängerung der Antragsfrist bis Sommer 2011 dürfte am Ende nur zu einer sehr überschaubaren Bilanz führen.

Für den selbsternannten "Kennedy von der Spree" ist das keine große Überraschung. "Die Bildungsgutscheine sind ausschließlich für das Wohl der Kinder. Sie lassen sich eben nicht verirauchen und versaufen", stellte[10] der Berliner CDU-Abgeordnete Frank Steffel im April fest.

Doch mit billiger Polemik und einfachen Schuldzuweisungen ist es nicht getan. Wer über die Versäumnisse von Hartz-IV-Empfängern diskutiert, sollte auch über die rigide Ausgrenzung einer Wohlstandsgesellschaft und über zweifelhafte politische Konzepte sprechen, die von der Justiz immer wieder korrigiert werden müssen. Vor kurzem war beispielsweise das Bundessozialgericht zu der Feststellung[11] gezwungen, dass Ein-Euro-Jobbern, die keine zusätzlichen Arbeiten verrichten, sondern eine reguläre Stelle besetzen, der branchenübliche Tariflohn zusteht.

### Exkurs: In der Arbeitslosigkeitsfalle

⌘ Nicht weil rationalisiert wird, sondern weil die Arbeitslosen der

Notwendigkeit, sich nach neuer Arbeit umzusehen, entoben werden, gibt es Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung.

### **Ludwig von Mises**

Mit einem 80 Jahre alten Zitat des Ökonomen Ludwig von Mises versuchten die Soziologen Sonja Fehr und Georg Vobruba Anfang Mai die Langlebigkeit einer wissenschaftlichen Theorie zu dokumentieren und gleichzeitig die Wahrheit des Gegenteils zu beweisen[12]. Fehr und Vobruba wiesen insbesondere die Annahme zurück, Arbeitslose ließen sich durch Lohnersatzleistungen bewegen, die Suche nach einem neuen Beschäftigungsverhältnis frühzeitig aufzugeben. Ein Vergleich der arbeitslosen Bezieher unbefristeter Sozialtransfers über jeweils drei Jahre (vor und nach Einführung der Hartz-Gesetze) ergibt nach Einschätzung der Soziologen nur geringfügige Unterschiede (Wildsau und Hartz IV[13]).

Seit der Hartz-Reform haben sich die Arbeitslosigkeitsepisoden der Sozialtransferbezieher nicht verkürzt. Im Gegenteil verweilen ALG-II-Bezieher bei Berücksichtigung soziodemografischer Effekte und der Arbeitsmarktsituation eher länger in Arbeitslosigkeit als Sozial- und Arbeitslosenhilfebezieher vor der Einführung des SGB II. Letzteres gilt allerdings nur dann, wenn auch Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Nichterwerbstätigkeit in die Analyse einbezogen werden. An der Schnittstelle zwischen Arbeitslosigkeit im Sozialtransferbezug und Arbeitsmarkt hat sich indes nichts geändert.

### **Sonja Fehr / Georg Vobruba: Die Arbeitslosigkeitsfalle vor und nach der Hartz-IV-Reform**

Das Bündnis für ein Sanktionsmoratorium[14], das in den vergangenen zwei Jahren gut 21.000 Unterstützer gefunden hat, sieht in diesem Zusammenhang Themenfelder tangiert, die weit über die finanzielle und sozialrechtliche Ebene hinausgehen. Sie verweisen nach Ansicht der Initiatoren auf "Fragen des Menschenbildes, der individuellen und gesellschaftlichen Bedeutung von Arbeit, von staatlicher Verantwortung und von Zielen gesellschaftlicher Entwicklung".

Auch Fehr und Vobruba sehen die Notwendigkeit, im Kontext der Hartz IV-Debatte über soziale und politische Probleme zu diskutieren, etwa über: "eine Zunahme von sozialer Ungleichheit und Armut, höhere Beschäftigungsunsicherheit sowie Armut trotz Arbeit (working poor), die als soziale Reformkosten zu Buche schlagen und Gerechtigkeitsnormen verletzen."

### **Jobcenter: Mitarbeitern fehlt Identifikation**

Vor dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales plädierte immerhin der Einzelsachverständige Norbert Maul für einen ernsthaften Perspektivwechsel. Sanktionen sollten durch einen "Rechtsanspruch auf Fördermaßnahmen" ersetzt werden, meinte Maul Leistungsempfänger fühlten sich durch die Sanktionen "in ihrer Existenz bedroht" und neigten nicht selten zu Überreaktionen: "Die meisten Jobcenter kommen nicht mehr ohne einen Sicherheitsdienst aus."

Eine am Dienstag veröffentlichte Studie der gesetzlichen Unfallversicherung [15] stützt diese These. Demnach sind nicht nur die Hartz-IV-Empfänger, sondern auch die Beschäftigten in den Jobcentern "vielfältigen Belastungen ausgesetzt".

Der Entscheidungsspielraum der Beschäftigten ist aufgrund der

gesetzlichen Vorgaben gering, die Erwartungen der Kunden hingegen sind hoch. Die Sorgen und die Verzweiflung mancher Kunden führen auch zu Aggressionen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den JobCentern. Die Formen dieser Aggression reichen von Verweigerungshaltungen, über Beleidigungen bis hin zu seltenen Fällen von körperlichen Angriffen.

### **Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, Pressemitteilung vom 7. Juni 2011**

Vielen Mitarbeitern fehlt offenbar die Identifikation mit ihrer Arbeit, deren Bedeutung von ihnen selbst als "sehr gering" eingeschätzt wird.

### **"Politikattitüde der stellvertretenden Interessenwahrnehmung"**

Alternativen zum laufenden Regelwerk sind also nicht nur aus der Perspektive der Leistungsempfänger wünschenswert, sondern aller Voraussicht nach eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Doch wie könnten sie aussehen?

Die Linke arbeitet seit geraumer Zeit an "Vorschlägen für eine bedarfsdeckende soziale Mindestsicherung"[16]. Das eingangs erwähnte "Netzwerk Grundeinkommen" setzt auf parteiübergreifende Argumente, sieht in den umstrittenen Sanktionen eine Missachtung "mensen-, völker- und grundrechtlicher Anforderungen an Grundabsicherungssysteme"[17] und plädiert für eine Form der Existenzsicherung, die mit den Grundprinzipien eines kapitalistischen Wirtschaftssystems kollidieren könnte.

- Das Grundeinkommen wird erstens an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt, zweitens steht es jedem Individuum unabhängig von sonstigen Einkommen zu, und drittens wird es gezahlt, ohne dass Arbeitsleistung oder Arbeitsbereitschaft verlangt wird.

#### **Netzwerk Grundeinkommen**

Gewerkschaften pochen auf ein "sozialstaatliches Leistungsrecht" [18], die Grünen machen sich mindestens für eine "Kindergrundsicherung" [19] stark. Einige Arbeitsmarkt- und Sozialforscher werben (wie Norbert Maul) dafür, den Leitsatz der Agenda 2010 zugunsten der Komponente "Fördern" zu überdenken.

Nur die Leistungsempfänger spielen in der öffentlichen Diskussion allenfalls eine untergeordnete Rolle. Im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde — wie so oft — über sie und nicht mit ihnen geredet. Sonja Fehr und Georg Vobruba bezeichnen dieses Phänomen als "Politikattitüde der stellvertretenden Interessenwahrnehmung".

- Politik gegen die unmittelbaren Interessen der Betroffenen im Namen ihres längerfristigen wohlverstandenen Interesses wird legitim.

#### **Sonja Fehr/Georg Vobruba: Die Arbeitslosigkeitsfalle vor und nach der Hartz-IV-Reform**

## **Anhang**

### **Links**

[1] [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34441846\\_kw23\\_pa\\_arbeits\\_oziales/index.htm](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34441846_kw23_pa_arbeits_oziales/index.htm)

[2] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/032/1703207.pdf>

- [3] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/051/1705174.pdf>
- [4] [http://www.gesetze.juris.de/sgb\\_2/13JNR295500003.html#BJNR295500003BJNG002001308](http://www.gesetze.juris.de/sgb_2/13JNR295500003.html#BJNR295500003BJNG002001308)
- [5] [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_12/13JNR302300003.html#BJNR302300003BJNG003900308](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_12/13JNR302300003.html#BJNR302300003BJNG003900308)
- [6] [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/17/al/1/anhoeerungen/17\\_11538.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/17/al/1/anhoeerungen/17_11538.pdf)
- [7] <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sanktionen-gegen-hartz-iv-empfaenger-dann-gibts-halt-noch-weniger-1.1086888>
- [8] <http://www.derwesten.de/staedte/oberhausen/Welle-an-Strafen-fuer-Arbeitslosigkeit-in-Oberhausen-id4736439.html>
- [9] <http://www.abendblatt.de/region/pinneberg/artikel1909591/Bildungsgutscheine-noch-bis-Ende-Juni-beantragen.html>
- [10] <http://www.welt.de/politik/deutschland/artikel13226288/Bildungsgutscheine-lassen-sich-hinricht-versaufen.html>
- [11] <http://juris.bundessozialgericht.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bsg&Art=ps&Datum=2011&nr=11953&pos=2&anz=15>
- [12] [http://www.boecicler.de/pdf/pm\\_wsi\\_2011\\_05\\_30.pdf](http://www.boecicler.de/pdf/pm_wsi_2011_05_30.pdf)
- [13] <http://www.heise.de/tp/artikel34/34689/1.html>
- [14] <http://www.sanktionsmoratorium.de>
- [15] [http://www.dguv.de/inhalt/presse/2011/Q2/abba/abba\\_abschlussergebnis.pdf](http://www.dguv.de/inhalt/presse/2011/Q2/abba/abba_abschlussergebnis.pdf)
- [16] <http://www.linke-alternative-gegen-hartz4.de/initiative-linke-alternative-zu-hartz-iv-2009031755.html>
- [17] <http://www.grundeinkommen.de/06/06/2011/pressemitteilung-zu-sanktionen-und-leistungseinkuerzungen-bei-grundsicherungen.html#more-1991>
- [18] [http://www.spw.de/data/fuer\\_ein\\_sozialstaatliches\\_leistungsrechtstatt\\_hartz\\_iv.pdf](http://www.spw.de/data/fuer_ein_sozialstaatliches_leistungsrechtstatt_hartz_iv.pdf)
- [19] [http://www.gruene-bundestag.de/cms/soziales/dok/309/309531.gruene\\_sozialpolitik.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/soziales/dok/309/309531.gruene_sozialpolitik.html)

**Artikel URL:** <http://www.heise.de/tp/artikel34/34914/1.html>  
**Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag**